

## AG-Berichte

### Konferenz Bürgerbeteiligung am 30.10.04 in Bobigny

Wir waren aus Duisburg mit 2 TeilnehmerInnen auf der Konferenz vertreten. Nach Begrüßung und Eröffnungsworten wurden 4 Arbeitsgruppen gebildet. Hier die Diskussion aus den morgendlichen Arbeitsgruppen 1 und 4 sowie aus einer nachmittäglichen. Darüber hinaus einige Informationen aus dem Abschlussplenum. Die Einzelberichte (Porto Alegre, Batcham/Kamerun, Montreal/Kanada) sowie das Schlußwort des Bürgermeisters von Bobigny, Bernard Biringer, haben wir nicht mit geschrieben.

#### Arbeitsgruppe 1 – BürgerInnen im Beteiligungshaushalt

Weniger eine Diskussion als vielmehr Information und Erfahrungsaustausch waren in der AG vorherrschend.

Beteiligt waren VertreterInnen aus Toulouse, Roubaix, Paris (14. Distrikt), Bobigny, Sevilla, Florenz, Lissabon, Bradford und eine Delegation aus Kamerun.

Die wichtigste Frage war die nach der Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung:

- Wie erreicht man die Bürgerinnen und Bürger?
- Wie erreicht man, dass unterprivilegierte Schichten und Menschen in sozialen Brennpunkten sich angesprochen fühlen?
- Welche Sprache muss gefunden werden, damit nicht nur die Mittelschichten sich angesprochen fühlen?
- Ist ein anderes kulturelles Verständnis der Mittelschichten, eine kulturelle Änderung nötig?
- Können Lehrer/Professoren eine „Übersetzer- und Mittlerrolle“ in Bezug auf eine allgemein verständliche Sprache einnehmen, um möglichst viele Menschen zu erreichen?

Die VertreterInnen aus Kamerun stellten das Problem dar, unter einer nicht oder nur in Ansätzen funktionierenden Demokratie einen Beteiligungsprozeß zu organisieren. Hier stünde die Bildung und Erziehung zunächst einmal ganz oben an.

Aus den einzelnen Städten wurden die bisherigen Bemühungen, den Beteiligungsprozeß zu organisieren, geschildert.

- Organisierung von Nachbarschaftskomitees:  
In **Sevilla** wurde begonnen, mit Unterstützung der Universität Nachbarschaftskomitees in den einzelnen Stadtteilen zu organisieren. Diese diskutieren/bestimmen über Belange in ihrer unmittelbaren Umgebung und den Stadtteilhaushalt. Der Prozeß ist noch ganz am Anfang.  
In Großbritannien wurden positive Erfahrungen mit dem Beteiligungsprozeß auf Stadtteilebene und mit dem Organisieren von Nachbarschaftskomitees gemacht. In einer Stadt in **Cornwall** gelang es, positive Veränderungen in

sozialen Brennpunkten zu erreichen, indem die BewohnerInnen dort mit einbezogen wurden und auch Entscheidungshoheit hatten. Es wurde verstanden, dass Bürgerbeteiligung mehr bedeutet, als über ein Budget abzustimmen. Dies hat zu den positiven Veränderungen beigetragen. In **Bradford** sind 66 Distrikte am Prozeß beteiligt, es gibt Geld aus einem zentralen Fonds zur Finanzierung von Bildungsarbeit. Das größte Problem ist die Beteiligung von unterprivilegierten Bevölkerungsschichten in den sozialen Brennpunkten. Hier wurde noch kein befriedigender Weg gefunden, die Menschen zu interessieren.

- **Organisierung mittels Gewerkschaften:**  
In **Portugal** wurden Gewerkschaften zur Mobilisierung der Beschäftigten gewonnen. Die Informationen über den Beteiligungshaushalt wurden in den Arbeitspausen durchgeführt. Das Echo war überwiegend gut, aber diese Art, den Prozess zu beginnen, erreicht nur einen Teil der Menschen. Obwohl ein Gesetz über Bildungsarbeit zur Bürgerbeteiligung durch die Regierung verabschiedet wurde, gelang es nicht, dieses auf die kommunalen Belange herunterzubrechen. Die Ministerialbürokratie hat es nicht verstanden, dieses Gesetz mit Leben zu erfüllen, es hatte keinen mobilisierenden Charakter.

Vielfach wurde beklagt, dass der Beteiligungsprozess wie eine „geschlossene Veranstaltung“ durchgeführt wird und die Bevölkerung davon eigentlich nichts mitbekommt. Hier wird Bürgerbeteiligung nur auf dem Papier praktiziert, zum schönen Schein für Prospekte und Internetseiten, die mit den tatsächlichen Verhältnissen wenig zu tun haben (Belgien).

Allgemein wurde festgestellt, dass zu einer Bürgerbeteiligung mehr gehört, als über den kommunalen Haushalt mit zu entscheiden. Bürgerbeteiligung bedeutet auch Teilung von Wissen und Macht. Die allermeisten der gewählten Politiker sind lediglich bereit, diese Macht nur zu einem sehr kleinen Teil abzugeben. Nur auf Druck und Bewegung von außen wird sich etwas bewegen.

Wichtig ist die Kontrolle der Bürger über getroffene Entscheidungen. Dazu gehört Transparenz. Wurden die Beschlüsse umgesetzt oder einfach ignoriert? Wie wurden sie umgesetzt?

Nirgendwo ist der Beteiligungsprozess so weit gediehen, dass eine echte Bürgerbewegung dadurch entstanden ist. Es wird vorsichtig versucht, in kontrollierten Bahnen eine Bürgerbeteiligung zu organisieren.

(Charlotte Weyers, Duisburg)

#### **Arbeitsgruppe 4**

In der AG 4 nahmen knapp 30 Personen teil, darunter Vertreter aus Bobigny, Rheinstetten, Porto Alegre, St. Etienne, Salford, Mons, Berlin, Montreuil und Bradford.

Thema: Wie setzen wir einen partizipativen Haushalt durch, wenn Stadtspitze bzw. politische Mehrheit dies nicht wollen?

Die Diskussion drehte sich zunächst darum, klar zu stellen, was wir mit Bürgerbeteiligung/Beteiligungshaushalt erreichen wollen. Als eines der wichtigsten

Ziele wurde ein einheitlicher, mit der Bürgerschaft abgestimmter Investitionsplan heraus gestellt. Bei der Mobilisierung der Bevölkerung gelte es insbesondere, ärmere Schichten einzubeziehen sowie verschiedene Ebenen von Politik und Privatsphäre zu vermitteln. Die Erfahrung zeige, dass die Initiative zur Partizipation von verschiedenen Akteuren ausgehen könne (Bürgerschaft, Teile des Stadtrats, Verwaltung usw.). Sergio Amaral (**Porto Alegre**) wies darauf hin, dass die Linke in Porto Alegre nach 16 Jahren die Macht verloren habe. Die Gründe dafür seien noch zu diskutieren, wenn die Stichwahl zuende ist.

Wichtig sei die Autonomie der Bewegung gegenüber der Stadtverwaltung und wechselnden Mehrheiten. Man sei entschlossen, weiter zu machen und den Beteiligungsprozess zu verbessern.

Wie beziehen wir aber die Menschen und vor allem junge Menschen ein, war die Fragestellung der Vertreter von **Salford**. Etliche Beispiele zeigen, dass die Bewegung um Sachthemen begann, und zwar aus der Bevölkerung. In den meisten Fällen kam die Initiative von oben, von Ratsmehrheiten oder Stadtverwaltungen, die sich aus welchen Gründen auch immer, öffnen wollten.

E.O. Müller aus **Berlin** hielt es für wichtig, die Politik zunächst davon zu überzeugen, dass die Bürgerbeteiligung auch in ihrem Interesse läge, Macht abzugeben. Das könne im Prinzip mit allen politischen Strömungen diskutiert werden. Die Überzeugung der Politik müsse begleitet werden von der Arbeit von Basisinitiativen. Die Politik müsse man auch mit Beteiligungsbeispielen aus der konservativen Ecke überzeugen.

Ein Vertreter aus der Nähe von **Mons** (Belgien) schilderte, wie das örtliche Sozialforum versucht, ein Beteiligungsmodell durch zu setzen. Er fügte hinzu, dass die Themen und Ziele der Beteiligung sehr unterschiedlich sein können und dass ihre konkrete Ausgestaltung sehr wohl von den politischen Richtungen und Kräfteverhältnissen abhängen. Die Verwendung von gleichen Worten habe noch lange nicht die gleiche politische Bedeutung.

Sergio Amaral (POA) führte aus, dass von den ca. 140 verschiedenen Beispielen der Bürgerbeteiligung in Brasilien ca. 50 % nicht von linken Kommunalverwaltungen initiiert worden sind. Auch konservative Stadtverwaltungen hätten das gemacht, weil es „trendy“ sei. Andererseits sei dann nicht viel dabei heraus gekommen, im Vergleich etwa zu Porto Alegre, wo die Stadtverwaltung sehr viel geholfen und sich dem Beteiligungsprozeß qualitativ anders gestellt habe.

Interessengegensätze seien eben da und es handele sich keineswegs nur um eine ideologische Frage. B. Biringer, Bürgermeister von **Bobigny**, wies darauf hin, dass die Wahlenthaltung in vielen Ländern sehr stark angestiegen sei, bis 50 und 60 %. Das Gefühl habe sich stark verbreitet, dass Politik unglaubwürdig sei, nichts mehr mit den Interessen der Bevölkerung zu tun habe usw. Gerade dies müsse der Ausgangspunkt für überzeugende Beteiligungsmodelle. Fortschrittliche Politik müsse sich die Frage stellen: „Wie können wir den Menschen Werkzeuge an die Hand geben, damit sie informiert sind und eingreifen können?“

P. Petitjean aus **Montreuil** erklärte, er sei früher Ratsmitglied gewesen, aber ausgeschieden. Für ihn sei die Autonomie der Bürgerbewegung ganz wesentlich. Die entsprechende politische Kultur in Brasilien sei hier weiter entwickelt als z.B. in Frankreich. Top-down-Modelle mit den besten Absichten führten nicht weit bzw. seien immer wieder gefährdet, wenn die Bewegung fehle.

E.O. Müller betonte, dass man mit der Beteiligung nicht die repräsentative Demokratie bedrohen wolle, dass diese ihr viel mehr nützten. So gebe es in Deutschland nicht nur Kritik an den Parteien und an der Politik, sondern auch am System selbst. Und da werde es gefährlich. In der Tat müsse man überzeugende

Schritte in der Beteiligung gehen, sondern könne in der Bürgerschaft kein Interesse geweckt werden. Beispiel: Haushaltsveröffentlichung im Internet reiche nicht aus, damit die Bürger sich stärker einbringen. Vertreter aus Bradford und Salford berichteten über ihre Erfahrungen und meinten, man müsse versuchen, heraus zu finden, wo die Interessen der Bevölkerung liegen und entsprechende Entscheidungsspielräume seien unverzichtbar. „Participatory Research“ sei ebenfalls ein wichtiges Instrument, gerade auch für junge Menschen. Hier müssten Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, ohne die sich niemand beteiligen werde.

(Hermann Dierkes, Duisburg)

### **AG Vernetzung (Mandatsträger und „Techniker“)**

In dieser AG ging es um die Frage, ob ein gemeinsames Netzwerk aller Ansätze zur Bürgerbeteiligung oder ein „Strömungstreffen“ angestrebt sei. So hob Bruno Fouchet (Poitiers) hervor, dass viele von Bürgerbeteiligung redeten, von rechts bis links, aber es müsse klar gestellt werden, worüber man rede und in welcher Perspektive. Ein Vertreter aus Sevilla betonte, es sei notwendig, Eckpunkte aufzustellen über unser Verständnis von Bürgerbeteiligung. Die Selbstproklamation, man sei demokratisch, sei nicht genug. Qualitätskriterien müssten aufgestellt werden. Christian Garnier (Mairies sur Oise?) forderte, „gute Praktiken“ heraus zu stellen. Ein anderer Vertreter aus Frankreich unterstrich dies. Man müsse sich von Beteiligungsprojekten abgrenzen, wo es, überspitzt gesagt, nur darum gehe, 5.000 Euro entweder für Tulpen oder Geranien auszugeben. In Sachen Bürgerbeteiligung habe sich zum Teil eine gemeinsame Sprache heraus gebildet, die aber völlig verschiedene Inhalte abdecke. Michelle aus St. Etienne verwies auf den gegenwärtigen Rückgang der Sozialbewegungen, was weiter gehende Partizipationsmodelle erschwere. Diese Tatsache belaste auch dieses Treffen in Bobigny. Die Pflicht der Gewählten sei es, Beteiligungsmodelle mit zu entwickeln, in denen nicht nur über Ausgaben, sondern auch über Einnahmen gesprochen und entschieden werde.

Betont wurde übereinstimmend die Notwendigkeit, sich weltweit zu vernetzen. Dabei sollten nicht nur die „Experten“ gemeint sein. Man müsse sich mindestens einmal jährlich austauschen. Das DRD habe eine Internetseite in 6 Sprachen. Rd. 500 Leute erhielten Infos, 100 Akteure zahlten Beiträge. Das sei gegenwärtig zu wenig, um mehr zu machen. Aber es müsse mehr gemacht werden. Die Frage sei, ob andere Akteure, wie z.B. Attac, helfen könnten. Betonte ebenfalls die Notwendigkeit von Qualitätskriterien im Gegensatz zu einem einfachen „Label“. Nicht das Etikett der Weinflasche entscheide, sondern das, was drin sei.

Es folgten Berichte über die Lage in Porto Alegre kurz vor der Stichwahl (Sergio Amaral); Yves Cabannes (ein aufschlussreicher, allerdings nicht mehr ganz aktueller Chart-Vortrag über die verschiedenen Modelle und Entwicklungsrichtungen der Bürgerbeteiligung in Lateinamerika insgesamt sowie ein „benchmark“ Lateinamerika – Europa). Yves Cabannes verwies auf ein neues UNO-Handbuch über Modelle der Bürgerbeteiligung und diverse Internetseiten zum Thema (u.a. [www.DRD](http://www.DRD))

Die Tagung soll bis Dezember, zunächst in frz. Sprache, dokumentiert werden.

(Hermann Dierkes)